

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/239

Bonn, den 15. Dezember 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1 - 1a

Außenpolitik vorherrschend

66

Zur NATO-Tagung in Paris

Von Günter Markscheffel, z.Z. Paris

2 - 3a

Wer ist für die NPD ?

126

Versuch einer Analyse

Von Dr. Hans-Helmut Knütter

4

Das Paket von "ärtyben"...

51

Von Klaus Rusticus

5

Die "soziale Aufrüstung" der hessischen Dörfer

45

Jede siebte Gemeinde in Hessen hat ein Gemeinschaftshaus
Freizeiteinrichtungen stehen im Vordergrund

+ + +

Außenpolitik vorherrschend

Zur NATO-Tagung in Paris

Von Günter Markscheffel, z.Z. Paris

Was man allgemein vermutet hatte, ist eingetroffen: Die diesjährige Pariser NATO-Tagung steht ganz im Zeichen politischer Bemühungen um den Abbau der Ost-West-Spannungen in Europa. Wenn auch die seit Jahren gewohnten Beschwörungen der Militärs und deren Ersuchen um Aufstockung des Verteidigungspotentials mit dem Hinweis auf die Stärke der "anderen Seite" wiederholt werden und beinahe aufs Wort genau mit den Anforderungen und Erklärungen in den Jahren 1958 bis 1965 übereinstimmen, so zeigt sich doch deutlich, daß in diesem Jahr nicht die Verteidigungsminister, sondern die Außenminister den Ton angeben.

Klar ersichtlich wurde das, als Außenminister Brandt im Namen der Bundesregierung die Vertagung der Beschlußfassung über militärische Planungen bis zum nächsten Frühjahr forderte und hierfür die Zustimmung seines britischen und amerikanischen Kollegen fand. (Frankreich nahm bekanntlich an diesen Beratungen nicht teil.) Wie zu erwarten war, herrscht Einmütigkeit darüber, daß alle militärischen Planungen mit den politischen Absichten der Regierungen in Einklang gebracht werden müssen, daß also nicht die Militärs den Rhythmus der NATO-Vorhaben bestimmen, sondern die Außenminister.

Es ist daher auch abwegig, wenn einige deutsche Zeitungen zu verstehen geben, der deutsche Außenminister habe sich in diesem Punkt nicht gegenüber dem Verteidigungsminister durchsetzen können, wobei auf das Problem des Mitspracherechts bei der Nuklearplanung verwiesen wird.

Tatsache ist, daß die politischen Instanzen des NATO-Bündnisses nach der Umwandlung des McNamara-Komitees in einen Ausschuß für die Zielplanung eventuell einzusetzender Nuklearwaffen dem deutschen Partner das Recht zubilligen, an den Überlegungen zur allgemeinen Verteidigungsstrategie unter besonderer Berücksichtigung deutscher Interessen teilzunehmen. Der eindeutige deutsche Vorzicht auf den Besitz und die Teilhaberschaft an Nuklearwaffen wurde ohne Vorbehalt und von mehreren NATO-Partnern sogar mit Erleichterung gebilligt.

Daß Unebenheiten in der Berichterstattung über so wichtige Beschlüsse der NATO-Tagung registriert werden müssen, dürfte das Ergebnis einer noch nicht auf die neue Situation eingespielten Apparatur sein. Das ist zwar bedauerlich, wird sich aber ändern lassen.

Wie stark das Bemühen ist, den NATO-Berastungen einen politischen Akzent zu geben, zeigte auch die Rede des britischen Verteidigungsministers Healex am Mittwoch. Noch eindringlicher als im vergangenen Jahr forderte der Vertreter Großbritanniens die übrigen NATO-Partner auf, alle militärischen Planungen mit den finanziellen Möglichkeiten der einzelnen Paktstaaten in Einklang zu bringen, die militärische der politischen Planung unterzuordnen und jede sich bietende Möglichkeit zur Entspannung zu nutzen.

Auch dieser britische Beitrag auf der diesjährigen NATO-Tagung scheint zur Aussetzung rein militärischer Beschlüsse beigetragen zu haben.

Interessant ist, daß sich die amerikanische Delegation im Hintergrund hält. Auch bei ihr scheinen politische Erwägungen eine Rolle zu spielen, die im Zusammenhang mit den Bemühungen der USA um das Zustandekommen einer Vereinbarung über die Nichtweitergabe von Atomwaffen stehen. Im Gegensatz zu früheren NATO-Konferenzen, bei denen die Amerikaner stets die militärischen Probleme in den Vordergrund gestellt haben, begnügen sie sich diesmal mit der Rolle eines gewichtigen Partners, dem es hauptsächlich darauf ankommt, die Allianz zu erhalten, aber den betont militärischen Charakter abzuschwächen. Ob hierbei die Überlegung eine Rolle spielt, gleichermaßen bei den Franzosen und den Sowjets die Möglichkeiten zur Kritik an der NATO zu vermindern, mag dahingestellt bleiben.

Die Rede des deutschen Außenministers am Dienstag wird hier als ein wertvoller Beitrag zur Überwindung des Mißtrauens gegenüber der Bundesrepublik gewertet. Willy Brandts Bekenntnis zur jungen Generation in Deutschland, die nicht mit den Verbrechen des Hitler-Regimes belastet werden darf, sowie seine positive Haltung zur internationalen Zusammenarbeit mit dem Ziel der Entspannung zwischen Ost und West haben einen tiefen Eindruck hinterlassen.

Wer ist für die NPD ?

Versuch einer Analyse

Von Dr. Hans-Helmuth Knütter

- * "Brav, überaus brav und langweilig ging es zu. Hier waren nicht
- * Hitlers Kinder, sondern Hugenbergs Enkel versammelt in dem be-
- * drückenden Gefühl, es könnte auch ihre letzte Schlacht sein...
- * Die Reichspartei wird eine Sekte bleiben, welchen Namen sie
- * auch führen mag."

So schrieb Georg Schröder in der "Welt" vom 22. Juli 1964 über den Bonner Parteitag der Deutschen Reichspartei.

Knapp zwei Jahre später klang das Urteil nicht mehr so herablassend spöttisch, sondern besorgt. Die DRP hatte sich mit Teilen der Gesamtdeutschen Partei und den Resten der Deutschen Partei zur "Nationaldemokratischen Partei Deutschlands" zusammengeschlossen und erregte im In- und Ausland durch ihre Aktivität und verhältnismäßig bescheidene Erfolge bei den Bundestagswahlen 1965, den Bürgerschafts- und Kommunalwahlen 1966 in Hamburg und Bayern großes Aufsehen. Die Aufregung schien zunächst ganz unangebracht. Betragen doch die NPD-Stimmen in Bayern im Landesdurchschnitt bei der Bundestagswahl 1965 2,6 Prozent, bei der Kommunalwahl 1966 nur 1,6 Prozent. Die letzten Erfolge in den hessischen und bayerischen Landtagswahlen, die der NPD 7,8 bzw. 7,4 und 8 bzw. 15 Mandate einbrachten, haben die Erregung beträchtlich verstärkt; wenngleich der Prozentsatz der Stimmen immer noch gering bleibt, ist die Steigerung doch größer als bei allen anderen Parteien. Allerdings schienen die Warner in ihrer Erregung zu vergessen, daß die Rechte in den Anfangsjahren der Bundesrepublik noch weit größere Erfolge erzielte. Die DRP entsandte 1949 sogar einige Abgeordnete in den Bundestag und die Sozialistische Reichspartei errang bei den Landtagswahlen 1951 in Niedersachsen fast 11 Prozent und in Bremen 8 Prozent der Stimmen.

Aber eine solche Bewertung läßt die Zusammenhänge außer acht. 1951 war die Bundesrepublik noch ungefestigt, der wirtschaftliche Aufstieg begann gerade und hatte weite Kreise - Heimatvertriebene und Arbeitslose - noch nicht erreicht. Die Vorstellungen über Demokratie orientierten sich an der Auflösungsphase der Weimarer Republik. Demokratie galt damals vielen als das System außenpolitischer Ohnmacht, innenpolitischer Schwäche und wirtschaftlichen Chaos.

1966 dagegen liegen rund 17 Jahre wirtschaftlicher und politischer Erfolge hinter uns. Massenmedien und Bildungseinrichtungen haben sich mit unterschiedlichem Geschick, aber sehr intensiv bemüht, "mündige Staatsbürger", "verantwortungsbewußte Demokraten" heranzubilden. Trotzdem ist es aber nicht nur nicht gelungen, die extreme Rechte völlig zu überwinden, sie wird vielmehr stärker und kann ihren Einfluß ausdehnen. Die Antwort auf die Frage nach den Gründen muß in erster Linie die außenpolitische, wirtschaftliche und gesamtdeutsche Stagnation der westdeutschen Politik anführen.

Aber das allein erklärt die heftige Reaktion derjenigen nicht, die sich jahrelang gegen den Rechtsradikalismus engagiert haben.

Nicht nur Nazis

Hier spricht offenbar neben der Furcht vor der Erfolglosigkeit der Bemühungen die Erkenntnis mit, daß der Rechtsradikalismus, jahrelang als politisch anrüchig dargestellt, doch tiefere gesellschaftliche Wurzeln hat, deren Bedeutung im Interesse politischer Opportunität nach Standort des Betrachters entweder bagatellisiert oder überbewertet wurde. Dieser Tatbestand wird in polemischer Überspitzung mit der Unterscheidung zwischen öffentlicher Meinung und veröffentlichter Meinung erfaßt, d.h., daß die in Presse, Rundfunk und Fernsehen geäußerten Ansichten von den Auffassungen erheblicher Teile der Bevölkerung abweichen.

Die konservativen und nationalen Strömungen sind diffus und organisatorisch oft nicht faßbar, dennoch gibt es ein erhebliches emotionales Potential, das nicht in der "veröffentlichten Meinung", wohl aber in der "öffentlichen Meinung" eine bedeutende Rolle spielt. Das erklärt auch das verbreitete Unbehagen über den Rechtsradikalismus: Man fühlt, daß die Strömungen weiter reichen, als man im organisatorischen Bereich sieht. Hier entwickelt sich trotz aller Bekämpfung durch die "veröffentlichte Meinung" ein potentieller politischer Faktor, der von vielen als unheimlich empfunden wird. Heute kommt es vor allem darauf an, das Gedankengut der NPD zu untersuchen.

Noch Mitte der fünfziger Jahre bestand die Mitgliedschaft rechtsradikaler Gruppen sehr weitgehend aus Leuten, die schon vor 1945 politisch aktiv gewesen waren. Seit 1958 rücken allmählich Angehörige der jüngeren Generation nach, die keine Erinnerung mehr an das "Dritte Reich" haben. Repräsentativ für diese Generation sind die Herausgeber der "Deutschen Nationalzeitung und Soldatenzeitung" Gerhard Frey (Jahrgang 1933), der allerdings der NPD nicht angehört und Frank Schepke (Jahrgang 1935), Mitglied der Ratzeburger Ruderer, der 1965 Bundestagskandidat der NPD war. Diese Gruppe der jüngeren umfaßt ein Viertel der Parteimitglieder.

Daneben stehen die Konservativen, zum Teil ehemalige Deutschnationale, Nationalliberale oder Christlich-nationale. Repräsentativ für diese Gruppe sind etwa der hessische Landesvorsitzende Faßbender oder der kürzlich ausgetretene bayerische Landesvorsitzende Winter. Über den zahlenmäßigen Anteil dieser Gruppe gibt es keine Unterlagen.

Die dritte Gruppe schließlich setzt sich aus den ehemaligen Mitgliedern der DRP, der 1952 verbotenen SRP, der 1961 verbotenen Ludendorffbewegung oder ähnlicher Gruppen zusammen. Der Anteil dieser Gruppe an der Gesamtmitgliederzahl dürfte etwa 40 Prozent betragen. Hieraus folgt, daß man die NPD nicht - wie es manchmal geschieht - schlechtweg als Neuaufgabe der NSDAP ansprechen kann. Vielmehr gibt es neben "alten Kämpfern" starke Gruppen Konservativer und junger Nationalisten, die sich in dieser Partei zum erstenmal politisch gebunden haben.

Sprengstoff oder Treibsatz ?

Die Parteiführung betont stark ihre Treue zum Grundgesetz und zur Demokratie. Gegen die Behauptung, die NPD sei eine Nachfolgeorganisation der NSDAP, versuchte sie - allerdings erfolglos - gerichtlich vorzugehen.

Sind die Bekenntnisse zur Demokratie und die Distanzierung vom Nationalsozialismus Anpassung und Tarnung oder Ausdruck eines echten Wandels? Dazu ist zunächst zu sagen, daß eine Anpassung aus taktischen Gründen - etwa aus Furcht vor einem Verbot - ihre Grenzen hat.

Wenn die Führung einer radikalen, antidemokratischen, jüdenfeindlichen Partei aus Opportunismus plötzlich einen zähen, demokratischen und jüdenfreundlichen Kurs einschlägt, würden die Mitglieder und Wähler diese Haltung nicht billigen. Sie würden auseinanderlaufen oder den Vorstand beseitigen. Wenn die Wandlung akzeptiert wird, liegt mehr als bloße Taktik vor.

Im Vergleich zur nationalsozialistischen Demokratiefeindlichkeit und Rassismus vertritt die NPD einen sehr viel abgemildeteren Kurs, der durch starke Betonung des Nationalen, der Werte des Soldatentums, der Ablehnung der modernen Kunst und einer besonderen Wertschätzung der staatlichen Autorität gekennzeichnet ist. Mit diesem Programm hat sie neben ehemaligen Nationalsozialisten auch solche Kreise ansprechen können, die sich von der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Stagnation bedroht fühlen.

Wenn von politisch interessierter Seite nach den hessischen und bayerischen Wahlen so getan wird, als gleiche die heutige Situation der Bundesrepublik der des Jahres 1932, so ist das in bezug auf die NPD eine maßlose Überschätzung. In ihr haben sich verschiedene nationalistische und konservative Bestrebungen mit einer allgemeinen Unbehagen an Führungslosigkeit zu einem explosiven Gemisch vereinigt. Ob sie allerdings als Sprengsatz oder als Treibsatz wirkt, hängt nicht allein von der NPD, sondern auch vom Verhalten der anderen Parteien ab.

Das Paket von "drüben"...

Von Klaus Rusticus

Das Paket kam aus Mitteldeutschland. Es war doppelt verschnürt und dreifach verknotet. Schon von außen unterstrich es die Sorgfalt, mit der man "drüben" darangegangen war, alle mitteilbare Herzlichkeit durch ein paar Geschenke unter Beweis zu stellen. Jedes Teilchen unter dem Karton war noch extra eingepackt... eine Tafel Schokolade für sich und ein Riegel im eigenen Weihnachtspapier. Und der Weihnachtsstollen war noch einmal besonders verschnürt. Dazu noch ein kleines Spielauto ohne Automatik ganz schlicht... und doch etwas individuelles wie auch das Spiel vom Sandmann, die Kekse, Pfefferkuchen und schließlich die Wurst.

Das Paket von "drüben" war keine Konkurrenz für all die Pakete, die "hüben" verschickt wurden und auf den Gabentisch gelegt werden. Gewiß wich man auch im freien Teil Deutschlands in diesem Jahr vielfach von weniger praktischen Geschenken ab, gewiß ließ sich auch so mancher diesmal im bundesrepublikanischen Wirtschaftswunderland von der andauernden Konjunkturfraude ernähren, ein paar Mark auf die Kante zu legen. Aber deshalb hielt das Paket aus Mitteldeutschland noch lange nicht all der bunten Vielfalt und Pracht stand, die sich unter den westdeutschen Weihnachtsbäumen Anno 1966 präsentieren wird.

Was sollte nun diese Geschichte von dem "mitteldeutschen Weihnachtspaket", das als eins von nicht wenigen auf ganz legalem Schienenweg durch eine der im 1 350 km langen Stacheldraht freigelassenen "Schleusen" nach hier gelangte?

Zu "weihnachtlichen Tränen" rühren, weil jener spitzbärtige Dogmatiker an der Spitze "modernisierter Dialektiker" auch in der alljährlich wiederkehrenden Nacht der christlichen Verkündigung weder Mienen im Todesstreifen entschärfen noch Grenzsoldaten mit Platzpatronen schießen läßt?

Wes' Gleichmut könnte so oder so schwanken? - Oder etwa doch?

Wenn dieser oder jener erführe, daß "drüben" ein ganz normalsterblicher LPG-Arbeiter gut zweieinhalb Stunden für diese ganz gewöhnliche Tafel Schokolade und den Riegel dazu in dem Paket hatte arbeiten müssen?!

Oder etwa, weil der gleiche Durchschnittsmitteldeutsche in seiner landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft fünf bis sechs Stunden zu schuften hatte, um den zweipfündigen Stollen seinen Lieben in der Bundesrepublik zu schicken?

Extravagante oder sogar exklusive Beispiele? An den Haaren des "mitteldeutschen Weihnachtsmannes" herbeigezogen?!

Gewiß: Ulbrichts Ökonomen ließen das "Brot des Tages" billiger als im benachbarten Wunderland, aber dafür die Kartoffeln teurer werden. Und das halbe Pfund Butter kostet 2,50 bis 2,80 Ostmark, das Pfund aber gleich 7 Ostmark.

Das Paket von "drüben" macht keine Geschichte, fügt dem Widersinn des Stacheldrahts kein neues Dogma hinzu, schreibt nichts von Not oder Elend, rührt nicht zu Tränen, sondern spendet Freude.

Freude der Besinnung, Liebe und Einkehr, Beweise der Herzlichkeit, eine Summe der Freude von "drüben" nach "hüben", eine Botschaft durch ein Paket.

Jedes Paket von "drüben" mit noch so wenig materiellem Inhalt hat großen Wert und mannigfach ausstrahlende Wirksamkeit!

Die "soziale Aufrüstung" der hessischen Dörfer

Jede siebte Gemeinde in Hessen hat ein Gemeinschaftshaus
Freizeiteinrichtungen stehen im Vordergrund

sp - Das hessische Landesprogramm für Gemeinschaftshäuser ist unter der Bezeichnung "Soziale Aufrüstung des Dorfes" auch in anderen Bundesländern bekannt geworden. Selbst im Ausland findet dieses Programm großes Interesse, das als mutiger Schritt einer fortschrittlichen Gesellschaftspolitik bereits 1952 begonnen und im Laufe der Jahre den veränderten Bedürfnissen angepaßt und erweitert wurde.

Nahezu jede siebte Gemeinde in Hessen verfügt bereits über ein Gemeinschaftshaus; denn bis Mitte 1966 waren 360 Dorfgemeinschaftshäuser, Mehrzweckhallen und Bürgerhäuser in Betrieb und weitere 80 in Bau, insgesamt also 440 Objekte. Dafür hat das Land bis heute rund 113 Millionen Mark aufgewendet. In diesem Jahr stehen 16 Millionen Mark für die "Soziale Aufrüstung des Dorfes" und das Bürgerhausprogramm im Etat.

Zur Beseitigung des kulturellen Gefälles zwischen der Stadt und dem flachen Lande stellt das Landesprogramm für Gemeinschaftshäuser einen wichtigen Faktor dar. Der Ausbau der großen Landgemeinden, der Städte und der Ortsteile der großen Städte mit Gemeinschaftseinrichtungen hat sich zu einer bedeutenden Aufgabe entwickelt. Das Programm zur Förderung von Bürgerhäusern hat daher seit 1959 an besonderer Bedeutung gewonnen. Gefördert werden: Gemeinschaftsräume, Säle, Mehrzweckhallen, Volksbüchereien, Einrichtungen der Jugendpflege (auch Werk- und Bastelräume), Sozialräume für Zwecke der Altagestätten, Freizeiteinrichtungen der verschiedensten Art (auch Kegelbahnen) und Kindergärten, Spielplätze, Spielanlagen und Volksparkanlagen.

Mit diesem Programm unterstützt das Land die Bestrebungen der Gemeinden, die den Bedürfnissen der heutigen Zeit entsprechenden sozialen und kulturellen Einrichtungen wirtschaftlich unter einem Dach zusammengefaßt zu bauen. In Verbindung mit dem Großen Hessenplan sollen in jedem Jahr weitere 50 Dorfgemeinschaftshäuser, Mehrzweckhallen und Bürgerhäuser gebaut werden.

Vervierfachen soll sich die Zahl der Mehrzweckhallen innerhalb von zehn Jahren nach den Zielvorstellungen des Großen Hessenplans. Dabei soll jede vierte Mehrzweckhalle zu einem Bürgerhaus gehören. Das ländliche Schulwesen wird dadurch ebenfalls gefördert, da die meisten Mehrzweckhallen gleichzeitig auch dem Schulsport zur Verfügung stehen.

Rund 540 Landgemeinden sollen bis 1974 ihr Dorfgemeinschaftshaus haben. Beim Bau der neuen Dorfgemeinschaftshäuser wird dem Bedarfswandel Rechnung getragen. Freizeiteinrichtungen werden dabei im Vordergrund stehen.

Jahrelang hatte Hessens CDU gegen die Gemeinschaftshäuser, die heute niemand mehr missen möchte, Sturm gelaufen. Die CDU hat diesen Kampf aufgegeben, weil sie inzwischen eingesehen hat, welche Bedeutung die Gemeinschaftseinrichtungen vor allem auf dem Lande haben.